



© Axel Heinzl-Bernitt

Nichts ist prima beim Klima

Die Politik in Berlin und Brandenburg tut nichts, um die Ursachen der globalen Erwärmung zu bekämpfen. Dabei wäre das kein Ding der Unmöglichkeit

2014 war kein gutes Jahr für das Klima. Die Weltklimakonferenz in Lima ging im Dezember zu Ende, ohne dass sich die 190 in der peruanischen Hauptstadt vertretenen Staaten auf eine Vorlage einigten, aus der beim für Mai geplanten Folgegipfel in Paris ein verbindliches Abkommen zur Reduzierung von Treibhausgasen werden kann. Der kleinste gemeinsame Nenner war ein Appell an alle handlungswilligen und -fähigen Staaten, freiwillige Klimaschutzmaßnahmen für die Zeit nach 2020 zu formulieren. Ein kleiner Lichtblick: Die Bundesregierung bekräftigte im Dezember, an ihrem Ziel festzuhalten, den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid (CO₂) in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Bislang wurden 25 Prozent weniger CO₂ produziert, den Rest gilt es also in den verbleibenden sechs Jahren einzusparen. Ob der nationale Klimaschutzplan aufgeht, entscheidet sich maßgeblich in unserer Region. Denn der Wille der Brandenburger Landesregierung, noch viele Jahrzehnte lang Braunkohle aus dem Lausitzer Boden zu holen und zu verfeuern, macht alle CO₂-Reduktionen in den Bereichen Energieeffizienz, Wärmedämmung, Mobilität, Gewerbe und Landwirtschaft zunichte.

Im vergangenen Sommer genehmigte die rote Regierung in Potsdam mit Welzow-Süd II einen neuen Tagebau, mit Spremberg-Ost, Bagenz-Ost und Jänschwalde-Nord stehen weitere auf der Wunschliste von Regierung, Gewerkschaften und Vattenfall. Dabei liefern die drei aktiven Tagebaue Welzow I, Cottbus-Nord und Jänschwalde genügend Braunkohle, um schrittweise und sozial verträglich bis 2040 aus dieser besonders klimaschädlichen

Form der Energiegewinnung auszusteigen. Wer dennoch weitere Dörfer abbaggern und Menschen aus ihrer Heimat vertreiben will, sieht die Braunkohleverstromung offensichtlich nicht als „Brückentechnologie“, sondern als Dauerlösung – die es nach dem Willen des brandenburgischen Landtags eigentlich gar nicht geben dürfte. Denn der hatte 2009 die Landesregierung dazu verpflichtet, neue Tagebaue nur noch dann zu genehmigen, wenn die dazugehörigen Kraftwerke mit Filtertechnik zur Abscheidung und unterirdischen Verpressung von CO₂ (Carbon Dioxide Capture and Storage – CCS) ausgerüstet werden. Inzwischen ist aber klar, dass es aufgrund ungeklärter Risiken und mangelnder Akzeptanz nirgendwo in Deutschland CCS geben wird.

Dreckschleudern müssen vom Netz

Etwa drei Viertel der Brandenburger CO₂-Emissionen entstehen bei der Herstellung von Endenergieträgern wie Strom, Fernwärme und Kohlelektrets. Mit 24,4 Tonnen pro Kopf beträgt der CO₂-Ausstoß mehr als das Doppelte des Bundesdurchschnitts. Sind die Brandenburger ausgesprochene Energieverschwender oder gar Gegner erneuerbarer Energien? Natürlich nicht. Abgesehen von Niedersachsen drehen sich in keinem Bundesland so viele Windräder wie hier. Allerdings bringt saubere Energie dem Klima überhaupt nichts, solange daneben unvermindert die alten Dreckschleudern in Betrieb sind. Zum Beispiel das Kraftwerk Jänschwalde, das bundesweit zu den Kraftwerken mit dem geringsten Wirkungsgrad zählt. Für die regionale Energieversorgung wäre Jänschwalde schon längst verzichtbar. Das Problem ist aber, dass zwei Drittel der in Brandenburg

produzierten Energie in andere Bundesländer exportiert wird. Ob als Windstrom oder Braunkohle für das uralte Heizkraftwerk Klingenberg: Auch Berlin bezieht Energie aus Brandenburg. Der Stadtstaat, der bundesweit übrigens den letzten Platz bei der Förderung erneuerbarer Energien einnimmt, darf nicht die Augen vor den Klimasünden des Nachbarlandes verschließen. Bislang gibt es kein Indiz dafür, dass der Berliner Senat die ihm rechtlich zustehenden Möglichkeiten nutzt, Einfluss auf die Brandenburger Braunkohleplanungen zu nehmen. Der Tagebau betrifft Berlin in mehrfacher Hinsicht, es geht um sauberes Trinkwasser, eine klare Spree, Feinstaub – und natürlich um die eigene Klimabilanz.

Dass unsere Region – anders als etliche afrikanische Staaten oder die Inseln im Indischen und Pazifischen Ozean, die selbst kaum zum Klimawandel beitragen – nicht auf katastrophale Weise von Wüstenbildung und ansteigendem Meeresspiegel betroffen ist, bedeutet nicht, dass sie keine Folgen der globalen Erwärmung treffen. Im Agrarland Brandenburg wird sich vor allem die Landwirtschaft auf wärmere und feuchtere Winter, trockenere Sommer und Wasserknappheit einstellen müssen. Für Berlin stellt sich die Frage, wie die Stadt bei künftig vermehrt auftretender extremer Hitze im Sommer für Frischluftzirkulation sorgen kann und wie die Kanalisation mit extremen Regenereignissen zurechtkommt. 2014 war mit einer weltweiten Durchschnittstemperatur von 14,6°C das bislang wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen, 0,7 Grad wärmer als der Durchschnitt des 20. Jahrhunderts. Der Klimawandel hat längst begonnen. *sp*

Inhalt

THEMA Regionale Klimapolitik

Was macht Berlin?
Seite 2

„Wir leben in einer privilegierten Region“:
Interview mit Verena Toussaint
Seite 3

AKTUELL

Baupolitik: Immer Ärger mit den Feldern
Seite 4

Tram: Besser spät als nie
Seite 4

A 100: Planen wie im 20. Jahrhundert
Seite 5

Vögel: Der gläserne Tod
Seite 5

Dicke Luft: Berlin hält Stickstoffdioxid-Grenzwerte nicht ein
Seite 6

Der Natur auf der Spur
Seite 6

NATUR ERLEBEN

Die märkischen Moore
Seite 7

ÖKOTIPP
Moore schützen
Seite 7

KURZ & BUND

Kohlekraft abschalten!
Seite 8

Klimapolitik in Zahlen
Seite 8

Weltweite Temperaturrekorde

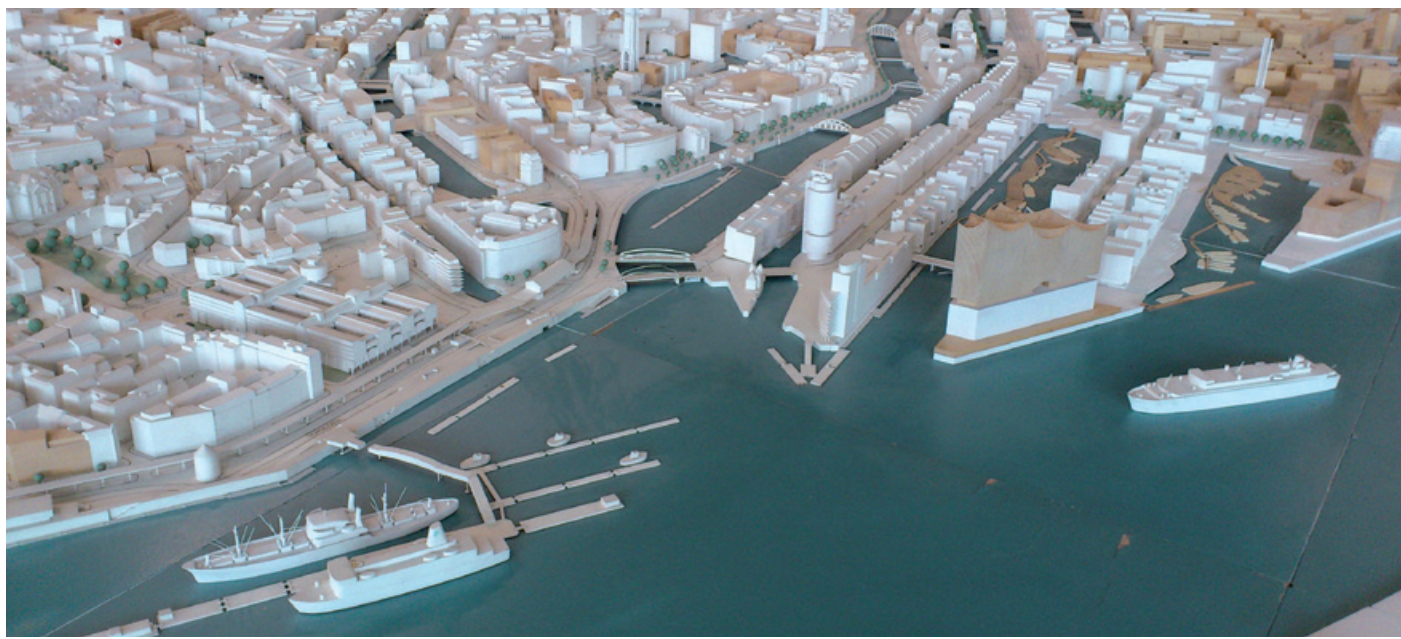
Das Jahr 2014 verzeichnete eine Reihe von Wetterrekorden. So wurden noch niemals im Januar in Spanien, im März in der Slowakei, im Mai in Südkorea, im Juni in Neuseeland und auf Grönland, im Juli in Norwegen sowie im November in Australien, Österreich und der Schweiz wärmere Monatswerte gemessen. Das zeigt die Datensammlung des amerikanischen National Climatic Data Center. www.ncdc.noaa.gov

Tagebau belastet Berliner Trinkwasser

Der laufende Braunkohletagebau in der Lausitz lässt die Sulfatkonzentration in der Spree steigen. Zu viel Sulfat im Trinkwasser führt zu Durchfall und Erbrechen. 2014 maßen die Berliner Wasserwerke am Müggelsee einen Spitzenwert von 244 Milligramm pro Liter, das liegt knapp unter dem Grenzwert von 250 Milligramm für Trinkwasser. Berlin gewinnt sein Trinkwasser zu rund 70 Prozent aus Spree und Havel. Das wasserlösliche Sulfat lässt sich bei der Trinkwasseraufbereitung nicht herausfiltern, es kann nur mit sauberem Wasser verdünnt werden. Sollte das zuallererst betroffene Wasserwerk Friedrichshagen den Betrieb einstellen müssen, würden andere Werke mehr Wasser fördern, was den Grundwasserpegel sinken ließe – zum Schaden von Feuchtgebieten und Mooren. Um den Schaden für das Berliner Trinkwasser zu begrenzen, fordert der BUND vom Senat, sich für einen Ausstieg aus der Braunkohleförderung in Brandenburg einzusetzen und dafür zu sorgen, dass Mehrkosten bei der Trinkwasserversorgung nicht von den Steuerzahlern, sondern vom Verursacher (Vattenfall) getragen wird.

Energieverbrauch checken

Wie kann ich mit einfachen Mitteln Geld und Energie sparen? Das erklären die Expertinnen und Experten des BUND-Energiechecks. Für Arbeitslose und Geringverdienende kostenlos. www.Berliner-Energiecheck.de



© Sebastian Petrich

Zumindest was sein ökologisch orientiertes Stadtwerk angeht, hat Hamburg für Berlin Modellcharakter.

Was macht Berlin?

Wenn es darum geht, Ziele zu formulieren und Studien in Auftrag zu geben, leistet der Senat Großes im Klimaschutz. Wenn da nur nicht die leidige Umsetzung wäre

Deutschland kann seine nationalen Klimaschutzziele nur erreichen, wenn auch die größte Stadt einen nennenswerten Beitrag dazu leistet. Das sieht auch die Berliner Landesregierung so und hat beschlossen, den lokalen CO₂-Ausstoß gegenüber 1990 bis 2020 um 40 Prozent, bis 2030 um 60 Prozent und bis 2040 um 85 Prozent zu reduzieren. In den nächsten Jahren soll ein Energie- und Klimaschutzkonzept erstellt werden, das geeignete Strategien und Maßnahmen benennt. Warum so lange warten? Die im Frühjahr 2014 erschienene „Machbarkeitsstudie Klimaneutrales Berlin 2050“, die der Senat beim renommierten Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) in Auftrag gegeben hatte, zeigt deutlich, was zu tun ist. Der heutige CO₂-Ausstoß von jährlich 21,3 Millionen Tonnen soll auf 4,5 Millionen Tonnen sinken, der Pro-Kopf-Ausstoß dürfte demnach statt aktuell 6,2 Tonnen nur noch 1,7 Tonnen betragen. Klimaneutral bedeutet in der Studie übrigens nicht, dass Berlin nur so viele Klimagase emittiert, wie es selbst bindet, sondern dass seine Emissionen die globale Durchschnittstemperatur um nicht mehr als 2°C steigen lassen.

Da die Gebäude derzeit für 47 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich sind, sieht die Machbarkeitsstudie große Reduktionspotenziale in der thermischen Sanierung der Gebäudehülle und verbesserter Lüftung und Wärmerückgewinnung. Kraft-Wärme-Kopplung und Fotovoltaik sollen Berlin sogar vom Stromimporteure zum -exporteur mutieren lassen. In den durchgerechneten Szenarien ist Erdgas der einzige fossile Energieträger. Im Mobilitätssektor, der der zweitgrößte Klimasünder ist, verlangt die Studie einen deutlichen Umstieg vom motorisierten Individualverkehr auf öffentliche und nicht-motorisierte Verkehrsmittel, während die verbliebenen Autos von Elektromotoren angetrieben werden sollen, deren Batterien mit Strom aus regenerativen Quellen gespeist werden.

Die vom Senat bestellte Studie belegt, dass alles, was die Umweltverbände seit Jahren fordern, tatsächlich sinnvoll und

machbar ist. Allerdings nicht ohne Anstrengungen. Jährlich werden 0,8 Prozent des Berliner Gebäudebestands energetisch saniert. Diese Rate müsste sich mindestens verdoppeln. Was tut die rot-schwarze Koalition? Im Bundesrat gehörte Berlin zu den Ländern, die steuerliche Förderungen für Gebäudesanierungen ablehnten. Und die Energieeinsparverordnung auf Landesebene schreibt für Sanierungen kaum Energieeffizienz vor und verzichtet bei Neubauten darauf, die Einhaltung der Vorschriften zu kontrollieren.

Eine besonders schwache Leistung zeigt der Senat bei den erneuerbaren Energien. Nachdem er trickreich verhindert hatte, dass parallel zur Bundestagswahl 2013 über die Rekommunalisierung der Energienetze abgestimmt wurde – und der Volksentscheid daraufhin knapp scheiterte – sieht er nun seelenruhig zu, wie die Potsdamer Regierung die Braunkohleförderung im Nachbarland für das nächste Jahrhundert festschreibt. Die Bewerbung der landeseigenen BerlinEnergie um den Betrieb des Gasnetzes, die als Blaupause für die wesentlich wichtigere Übernahme des Stromnetzes in öffentlichen Besitz dienen sollte, scheiterte grandios vor Gericht. Zu schlampig war die Vorbereitung, nun fehlt Plan B. Das ökologisch orientierte Stadtwerk, dessen Gründung dem Energie-Volksentscheid den Wind aus den Segeln nehmen sollte, bleibt ein kümmerliches Schattengewächs, weil sich Rot-Schwarz nicht dazu durchringen konnte, ihm den Stromhandel zu erlauben. Wie aber soll ein gerade entstehendes Stadtwerk mit noch minimalen Produktionskapazitäten Kunden in nennenswerter Zahl finden, wenn es keinen fremden Ökostrom dazukaufen darf? Das Beispiel Hamburg zeigt, wie es richtig geht: Drei Jahre nach seiner Gründung 2009 hatte das dortige Stadtwerk, das mit sauberem Strom handeln darf, bereits mehr als 100.000 Kunden gewonnen. *sp*

Machbarkeitsstudie Klimaneutrales Berlin 2050 unter www.kurzlink.de/machbar



Liebe Leserinnen und Leser,

ob zu Silvester Sektorkorken oder Böller knallen – in jedem Fall gibt es an Neujahr etwas aufzuräumen. Je größer die Party, desto mehr. Und für Gäste ist es Ehrensache, die Gastgeber nicht mit dem kaputt gegangenen Mobiliar alleine zu lassen. Wirklich? Erzählen Sie das einmal der schwedischen Regierung. Die möchte gern die deutsche Braunkohlesparte des staatlichen Energiekonzerns Vattenfall verkaufen, ohne alle Schäden zu beseitigen, die der bisherige Braunkohletagebau unserer Region schon zugefügt hat und in den nächsten Jahrzehnten weiter

zufügen wird: verwüstete Landschaften, brüchiger Boden, versauerte Gewässer, von der Klimabilanz ganz zu schweigen ...

Natürlich freut sich der BUND, wenn Vattenfall aus dem Geschäft mit der klimaschädlichen Braunkohle aussteigt. Aber dieser Verkauf bedeutet hier bei uns keinen Ausstieg; erst recht nicht, wenn der Käufer als Sahnehäubchen die Genehmigung für weitere Tagebaue erhält, für die Vattenfall sich weiterhin einsetzt. Nein, Vattenfall soll schön hierbleiben und als ersten Schritt das besonders ineffiziente Kraftwerk Jämschwalde schrittweise vom Netz nehmen. Und wenn der Energieriese dann noch klimafreundlich investiert, zum Beispiel in neue Windräder – die nicht im Naturschutzgebiet oder im Wald stehen –, dann könnte das neue Jahr ein gar nicht so schlechtes werden.

Ihnen alles Gute für 2015!

Heide Schinowsky

„Wir leben in einer privilegierten Region“

Agrarwissenschaftlerin Verena Toussaint über Aprikosen, Mücken und andere Folgen des Klimawandels in Brandenburg

BUNDzeit: Wie wird sich das Klima in den nächsten Jahrzehnten verändern?

Verena Toussaint: Die aktuellen globalen Szenarien sind wesentlich pessimistischer als früher. Die Wissenschaft geht inzwischen davon aus, dass sich das Ziel, die globale Erwärmung auf zwei Grad zu beschränken, kaum mehr halten lässt. Was das für Brandenburg und Berlin bedeutet, lässt sich jedoch noch nicht mit Gewissheit sagen. So ist keineswegs sicher, dass Brandenburg in Folge des Klimawandels zur Steppe wird, wie es vor einigen Jahren durch die Presse ging.

Hat der Klimawandel in unserer Region schon begonnen?

Ja, bezogen auf den Referenzzeitraum 1960 bis 1990 ist die Jahresdurchschnittstemperatur bereits um etwa 1°C gestiegen. Hitzeperioden wie der Sommer 2003 können Mitte des Jahrhunderts Normalität sein. Die Vegetationsperiode ist inzwischen drei Wochen länger, etwa zwei Wochen im Frühjahr und eine Woche im Herbst. Und sie wird noch länger werden. Es scheint einen Trend zu mehr Regen im Winter und zunehmender Trockenheit im Sommer zu geben. Ebenfalls wahrscheinlich, aber nicht belegbar, ist die Zunahme von Starkregen.

Steigt die Durchschnittstemperatur gleichmäßig über das Jahr verteilt?

Nein. Es wird vermutlich vor allem im Winter wärmer. Das merkt man im Alltag jedoch kaum. Ob 4°C oder 7°C bei Nieselregen – es ist in jedem Fall grau und unangenehm, so dass die Erwärmung kaum ins öffentliche Bewusstsein dringt.

Was ist die entscheidende Auswirkung des Klimawandels auf unsere Region?

Wahrscheinlich Wasserknappheit, wobei man nicht weiß, wie sich die Verteilung der Niederschläge im Jahresverlauf genau entwickeln wird. Auf jeden Fall bedeuten höhere Temperaturen mehr Verdunstung; die Frage ist aber, wo sich das Wasser wieder niederschlägt. Problematisch wird es, wenn eine negative Wasserbilanz entsteht. Dann sinkt der Wasserspiegel der Seen, Fließe fallen trocken. Zudem benötigt die Sanierung der aufgegebenen Tagebaue viel Wasser, das in der Spree fehlt, was wiederum die Wasserqualität verschlechtert. Konflikte um Wasser sind wahrscheinlich, allerdings nicht in der Form, dass das Trinkwasser knapp wird. Man muss schon ganz klar sagen: Wir leben hier in einer privilegierten Gegend, uns bedroht kein steigender Meeresspiegel und keine katastrophale Dürre – für andere Länder geht es um das Überleben.

Was sind die größten Herausforderungen für die Landwirtschaft?

Sie wird sich an Trockenheit anpassen müssen. Das bedeutet andere Bewirtschaftungsverfahren und andere Sorten. Die Landwirte werden sich nicht mehr auf die Regeln der Vorväter verlassen können, wann man was sät. Ob vermehrt bewässert wird, ist vor allem eine ökonomische Frage. Es wird sich zeigen, zu welchem Preis knapper werdendes Wasser verfügbar ist und welche Preise man mit den Agrarprodukten erzielen kann. Ein weiteres Problem sind die überwiegend sandigen Böden in Brandenburg, die in Kombination mit geringen Humusgehalten die Speicherung von Wasser schwierig machen. Das muss man dringend verbessern, indem man mehr organische Substanz auf dem Acker lässt und Zwischenfrüchte anbaut.

Wird man weiterhin alles anbauen können?

Im Wesentlichen ja. Für die Hauptkulturen, Getreide, Mais, Raps, Kartoffeln und Zuckerrüben, trifft das zu. Die gedeihen ja auch im Mittelmeerraum. Bei ihnen wird sich das Sortenspektrum ändern müssen, hin zu an Trockenheit und Hitze angepasste Sorten.

Insgesamt bringt der Klimawandel der Landwirtschaft eher Nachteile als Vorteile, das gilt vor allem für die ostdeutschen Trockengebiete. Aber es gibt nicht nur Nachteile. So könnten künftig Kulturen wie Wein, Kiwis oder Aprikosen ein Thema werden. Und die längere Vegetationsperiode erlaubt mehrere Ernten.

Wie sieht es im Wald aus?

Für den Wald ist die verlängerte Vegetationsperiode ein Problem, weil die Bäume bei höheren Temperaturen mehr Wasser verdunsten. Darunter leiden insbesondere immergrüne Nadelbäume wie die Kiefer, die wichtigste Baumart auf den hiesigen sandigen Böden. Hier kann der verstärkte Umbau zu Mischwäldern für mehr Stabilität sorgen.

Was bedeuten höhere Temperaturen für die Biodiversität?

Es wandern mehr oder weniger unbemerkt Tiere und Pflanzen von Süden nach Norden. Beispielsweise breiten sich Stechmückenarten aus, die auch Krankheitserreger übertragen können. Die Beifuß-Ambrosie, die Allergikern im November Probleme bereitet, ist schon da. Die Ökosysteme verändern sich, wenn eine Art wandert, ihre Feinde aber nicht folgen. Im Vergleich zu den übrigen Prozessen in der Ökologie oder gar in der Geologie verläuft der Klimawandel rasant. Hundert Jahre sind in diesem Zusammenhang eine sehr kurze Zeitspanne. Im Naturschutz kann die Erwärmung dazu führen, dass bestimmte Arten in definierten Gebieten Schutz genießen, sich dort aber aus klimatischen Gründen nicht halten können. Ein Beispiel: Die Standvögel fangen früher an zu brüten und haben schon die besten Plätze besetzt, wenn die Zugvögel hier ankommen. Die werden dann ausweichen müssen.

Apropos Wanderungsbewegungen: Wie wirkt der Klimawandel auf den Tourismus in Brandenburg?

Eine künftige Entwicklung könnte sein, dass der Mittelmeerraum aufgrund gestiegener Temperaturen an Attraktivität verliert und die Leute lieber im vergleichsweise gemäßigten Klima hier Urlaub machen. Aber es gibt auch Probleme. Da es in Brandenburg meist um Naturtourismus geht, spielt es eine Rolle, ob die Gewässer genügend Wasser führen. Der Küstrinchenbach im Naturpark Uckermark beispielsweise, der ein beliebtes Paddelziel ist, war in den letzten Jahren immer wieder aufgrund des zu niedrigen Wasserstands nicht befahrbar. Mit dem Klimawandel hat sich die Tourismusbranche bislang aber noch nicht beschäftigt, schon eher ist derzeit ein Thema, ob Monokulturen die Gäste abschrecken. Schließlich möchte niemand stundenlang durch Maisfelder radeln.

Das Gespräch führte Sebastian Petrich



Verena Toussaint studierte in Bonn Agrarwissenschaften mit dem Schwerpunkt Pflanzenproduktion und promovierte anschließend zum Thema Waldsterben. Seit 1992 arbeitet sie am Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) in Müncheberg. Zuletzt koordinierte sie das Innovationsnetzwerk Klimaangepasst Brandenburg-Berlin. Ziel des kürzlich abgeschlossenen Forschungsprojekts war, Möglichkeiten zur Anpassung an den Klimawandel für Land- und Forstwirtschaft, Wassermanagement und Gesundheitswesen zu entwickeln. Mehr unter www.inka-bb.de

Berliner Klimatag

Wie wirkt der Klimawandel auf Berlin und Brandenburg? Welche Folgen hat unser Handeln? Wie lässt sich der Alltag klimafreundlich gestalten? Der erste Berliner Klimatag präsentiert bunte Informations- und Mitmachangebote für alle Altersstufen rund um die Themen Mobilität, Energie, Ernährung und Konsum. 26.4.2015, 11–18 Uhr, Markthalle Neun, Eisenbahnstraße 42, Berlin-Kreuzberg, Eintritt frei www.berliner-klimatag.de

Bei KLEE aktiv werden

Im BUND-Arbeitskreis Klima und Energie, kurz AK KLEE, treffen sich Menschen aus verschiedenen Zusammenhängen, um ehrenamtlich den Klimaschutz und die Energiewende voranzutreiben. Interessierte sind jederzeit willkommen! Treffen finden in der Regel mittwochs um 19:30 Uhr in der BUND-Landesgeschäftsstelle statt: Crellestraße 35, Berlin-Schöneberg Kontakt: 030 7879000 oder akklee@BUND-Berlin.de www.kohle-nur-noch-zum-grillen.de

Ausgezeichneter Klimaschutz

Rund 1,7 Milliarden Euro geben die mehr als 3.200 Krankenhäuser und Rehakliniken in Deutschland jedes Jahr für Energie aus. Würden alle dem Beispiel der 43 Kliniken folgen, die bislang mit dem BUND-Gütesiegel „Energie sparendes Krankenhaus“ ausgezeichnet wurden, würde der Gesundheitssektor 600 Millionen Euro und – aus Umweltsicht natürlich bedeutender – sechs Millionen Tonnen CO₂ einsparen. In Berlin und Brandenburg wurden bislang elf Kliniken mit dem Gütesiegel ausgezeichnet, zuletzt verlor der BUND dem St. Joseph-Krankenhaus Weißensee und dem Vivantes Klinikum Neukölln aufgrund kontinuierlicher Energiesparmaßnahmen das Siegel jeweils für weitere fünf Jahre. Für das St. Joseph war es bereits die dritte Auszeichnung. www.Energiesparendes-Krankenhaus.de

Immer Ärger mit den Feldern

Der Wunsch nach schnellen wohnungspolitischen Erfolgen führt zu Schnellschüssen in der Stadtentwicklung

Hat die Berliner Landesregierung ihre Lektion aus dem erfolgreichen Volksentscheid für den Erhalt des Tempelhofer Felds gelernt? Setzt sie nun auf echte Bürgerbeteiligung bei umstrittenen Großprojekten? Wenn es um Wohnungsbau geht, hat es nicht diesen Anschein. Ein aktuelles Beispiel dafür sind die „Buckower Felder“: Nachdem eine Bürgerinitiative Unterschriften für ein bezirkliches Bürgerbegehren gegen die Bebauung dieser 15 Hektar großen Freifläche am südlichen Stadtrand gesammelt hatte, entzog Michael Müller in einer seiner letzten Amtshandlungen als Stadtentwicklungssenator dem Bezirk Neukölln die Zuständigkeit für das Gelände. Er tat dies mit Verweis auf die „besondere stadtpolitische Bedeutung“ des Vorhabens.

Sind die „Buckower Felder“ wirklich so bedeutend? Die Lage ist alles andere als zentral, die in Behördenkreisen kursierende Zahl von 500 möglicherweise entstehenden Wohnungen ist angesichts von 137.000 Wohnungen, die nach Senatsvorstellungen bis 2025 geschaffen werden sollen, doch eher bescheiden. Die gesellschaftliche und ökologische Bedeutung des bislang landwirtschaftlich genutzten Gebiets, das sollte fairerweise dazu gesagt werden, hält sich allerdings auch in Grenzen. Warum geht es dann, wenn mitten im Verfahren die Spielregeln geändert werden? Meint man es im Senat vielleicht nur dann mit der Bürgerbeteiligung ernst, wenn sich Dinge dadurch nicht komplizieren, weil man es gern bequem hat?

Nach einer bequemen Lösung sieht eine mögliche Bebauung der „Buckower Felder“ tatsächlich aus: Die Fläche gehört dem Land, also könnte alles schön einfach sein. Doch braucht der

Wohnungsmarkt eigentlich das, was dort entstehen soll? Das Konzept sieht eine gemischte Bebauung mit Geschosswohnungen, Reihen- und Doppelhäusern sowie freistehenden Einfamilienhäusern vor, kurz gesagt: überwiegend einen Beitrag zur weiteren Zersiedelung der Peripherie. Die größte Nachfrage gilt aber nicht Eigenheimen mit Platz für Carport und Planschbecken, sondern bezahlbaren Mietwohnungen in den innerstädtischen Bezirken. Schon heute fehlen vor allem Wohnungen für Einpersonenhaushalte, was sich aufgrund der demografischen Entwicklung verstärken wird. Und was ist mit dem Planungsgrundsatz, neue Siedlungen nur entlang von Schienenstrecken zu entwickeln? Buckow liegt fernab eines leistungsfähigen Nahverkehrssystems.

Statt die erstbeste größere Fläche zu bebauen, die sich in Landesbesitz befindet, sollte der Senat sich darauf konzentrieren, eine intelligente Verdichtung der Innenstadtbezirke zu gestalten; also jener Gegenden, die über die nötige Infrastruktur verfügen und in denen dringender Bedarf nach Wohnraum besteht – freilich ohne dabei das innerstädtische Grün zu opfern. Es gilt also, Anreize für Dachausbau zu schaffen, niedrige Gebäude aufzustocken, einstöckigen Gewerbenebau mit großzügigen Parkplätzen die Baugenehmigung zu versagen, mit Fläche sorgsamer umzugehen. Der BUND hat in einer aktuellen Studie 97 Hektar bereits versiegelte Fläche ermittelt, auf der rund 11.800 Wohnungen gebaut werden könnten. *sp*

Download der BUND-Studie unter www.BUND-Berlin.de/baupotenzial

Das Feld des Anstoßes in Buckow



© Sebastian Petrich

Besser spät als nie

Achteinhalb Jahre nach seiner Eröffnung ist der Hauptbahnhof nun per Tram zu erreichen

Seit Dezember fährt endlich die Straßenbahnlinie M5 vom Hackeschen Markt über die Chausseestraße und Invalidenstraße zum Berliner Hauptbahnhof. Wenn im kommenden Sommer die Lücke am Nordbahnhof geschlossen wird, so dass auch die Linien M8 und M10 am Hauptbahnhof enden, verbessert sich die Anbindung des verkehrstechnisch betrachteten im Niemandsland errichteten Bahnhofs deutlich. Ein voller Erfolg? Der BUND hatte mit seiner Klage gegen den vierspurigen Ausbau der Invalidenstraße – der dazu geführt hat, dass die neue Tram keine durchgehend eigene Trasse hat und somit vom Autoverkehr ausgebremst wird – zwar keinen Erfolg, konnte aber immerhin einige Bäume retten und die Behörden dazu verpflichtet, auf der Invalidenstraße regelmäßig die Schadstoffwerte in der Luft zu messen, schließlich wird die ausgebauten Straße künftig mehr Autoverkehr anziehen.

Nun gilt es den Schwung der Streckeneröffnung zu nutzen, um die geplante Verlängerung der Straßenbahn vom Hauptbahnhof nach Moabit voranzutreiben. Gegenwärtig wird geprüft, welchen genauen Verlauf die Trasse in Richtung U-Bahnhof Turmstraße nehmen soll. Der BUND spricht sich dafür aus, die Tram über die Turmstraße hinaus nach Charlottenburg weiterzuführen, beispielsweise zum U-Bahnhof Mierendorffplatz.

Die Moabiter Strecke soll aber nicht die einzige Neubaustrecke bleiben, schließlich hat die Straßenbahn einige enorme Vorteile gegenüber Bussen: Sie kann wesentlich mehr Menschen transportieren, fährt bei ordentlicher Planung auf einem vom Autoverkehr getrennten Gleiskörper und bleibt daher nicht im Stau stecken. Vor allem aber stößt sie dort, wo sie fährt, keine

Abgase aus – was angesichts der hohen Stickstoffdioxidbelastungen an den Westberliner Hauptverkehrsstraßen ein starkes Argument ist. Der BUND fordert deshalb, schnell Planungen für eine Straßenbahnstrecke zwischen Alexanderplatz und Rathaus Steglitz aufzunehmen (siehe dazu auch Seite 6).

Noch hält die Tram an einer provisorischen Haltestelle am Hauptbahnhof



© wikipedia | schaso



© Rolf Hanke/PIXELO

Wenn die A 100 den Treptower Park erreicht, wird es noch mehr Stau auf der Eisenstraße geben

Planen wie im 20. Jahrhundert

Rot-Schwarz treibt die nächste Verlängerung der A 100 voran

Kurz vor seinem Amtsantritt ließ der neue Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel (SPD) aufhorchen. Nicht etwa mit interessanten Ideen für bezahlbare Mieten oder saubere Luft, sondern mit der Vision, den „Stadtring“ A 100 zu schließen. Dabei ist die im letzten Jahrhundert entstandene Idee eines kompletten Autobahnringes rund um die Innenstadt gar nicht mehr im aktuellen Flächennutzungsplan vorhanden. Bis an einen Lückenschluss ernsthaft zu denken ist, wird zwar noch lange Zeit vergehen, doch die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU ebnet bereits den Weg, indem sie den Senat auffordern wollen, sich beim Bundesverkehrsministerium für einen schnellen Bau des 17. Bauabschnitts zwischen Treptower Park und Frankfurter Allee einzusetzen. Momentan rollen die Bagger erst zwischen Neukölln und Treptow, um den Bau des 16. Abschnitts vorzubereiten. Dazu müssen Bäume gefällt und Wohnhäuser abgerissen werden; die Mieter der Häuser in der Beermannstraße tituliert die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bereits als „illegale“.

Kosten soll der 3,2 Kilometer lange Abschnitt 473 Millionen Euro, nur ausgesprochene Optimisten gehen davon aus, dass es bei dieser Summe bleibt. Schließlich sieht der Bauplan unter anderem vor, für die Autobahn einen 24 Meter tiefen Tunnel unter der Grenzallee zu graben. Und wer weiß, ob dort am Ende die Brandschutzanlage funktioniert? Es ist also unklar bis unwahrscheinlich, dass der Fertigstellungstermin Mai 2022 Wirklichkeit werden wird. Dennoch richtet sich das Augenmerk bereits auf den nächsten Bauabschnitt, denn die Planer werden sich allmählich eines selbst geschaffenen Problems bewusst: Am Treptower Park endet die A 100 auf

der Eisenstraße, der abfließende Verkehr muss sich über drei ampelgeregelter Kreuzungen quälen. Da muss es nicht zu besonderen Geschehnissen kommen, damit sich eine Blechlawine auf der Autobahn staut – es sei denn, die Autobahn führt weiter. Die Autobahn schafft sich also selbst die Begründung für ihre Verlängerung. Und der nächste Abschnitt hat beste Chancen, noch teurer als der aktuelle zu werden: Die Spree muss über- und das Ostkreuz unterquert werden, der Tunnel unter der Ringbahn muss wegen Platzknappheit doppelstöckig gebaut. Und am Ende des Abschnitts stellt sich wieder die Frage, wohin der Verkehr von der Autobahn abfließen soll, damit es nicht zum Stillstand auf dem teuren Bauwerk kommt.

Eigentlich befiehlt die Vernunft, den Autobahnbau und alle damit zusammenhängende Planungen sofort einzustellen. Allerdings kommt das Geld für die A 100 größtenteils aus dem Bundeshaushalt, was es der Landesregierung leichter macht, dieses Stück Stadterstörung im Stil des 20. Jahrhunderts zu inszenieren – Hauptsache Steuergeld wird in Berlin verbaut. Interessanterweise argumentieren die Autobahnbefürworter stets mit einer angeblich entlastenden Wirkung in Sachen Abgasen und Lärm. Zwei Beispiele können das schnell widerlegen: Die parallel zur „Westtangente“ A 103 verlaufende Schloßstraße in Steglitz gehört zu den Straßen mit der höchsten Stickstoffdioxidbelastung. Und die Neuköllner Silbersteinstraße ist regelmäßig Spitzenreiter beim Feinstaub, dort sucht der Lkw-Verkehr trotz Fahrverbot eine mauffreie Alternative zur A 100. *sp*

Der gläserne Tod

Vögel erkennen spiegelnde Glasfassaden nur schwer als Hindernis. Einige Maßnahmen können Abhilfe schaffen

Obwohl noch nicht einmal ein Eröffnungstermin feststeht, sind am im Bau befindlichen Großflughafen BER die ersten Opfer von Luftverkehrsunfällen zu beklagen: Im Herbst 2012 prallten innerhalb von nur zwei Wochen mehr als 250 Vögel gegen die neue Glasfassade des Empfangsterminals und verendeten daraufhin. Nach Angaben des ornithologischen Magazins „Der Falke“ sterben in Europa jährlich etwa 80 Millionen Vögel an den Folgen einer Kollision mit einer Fensterfront.

Was tun gegen Vogelschlag? Entgegen der allgemeinen Annahme halten am Fenster angebrachte Silhouetten von Greifvögeln andere Vögel nicht auf Abstand. Auch eine auf dem Fensterbrett sitzende Katze hilft nur sehr bedingt. Es kommt vielmehr darauf an, den Vögeln zu vermitteln, dass es sich bei der Glasscheibe um ein zu umfliegendes Hindernis handelt. Zu den einfachen, aber wirkungsvollen Signalen gehören Vorhänge, Jalousien, Windspiele oder Klebestreifen im Abstand von nicht mehr als zehn Zentimetern. Ihre optimale Wirkung entfalten solche Gegenstände oder Markierungen, wenn sie auf der Außenseite angebracht sind. Wem derartige Verzerrungen nicht in das ästhetische Konzept passen, kann auf den sogenannten birdpen ausweichen: Mit diesem Filzstift trägt man eine für Menschen kaum sichtbare Markierung an der Fensterfront auf. Eine weitere sehr einfache Möglichkeit, Kontakt: vogelschlag@BUND-Berlin.de



© pitahay

Aufgeklebte Greifvogelsilhouetten machen wenig Eindruck auf andere Vögel

das Glas als Hindernis zu markieren, ist natürlich konsequent darauf zu verzichten, das Fenster zu putzen – je undurchsichtiger, desto besser. Wenn Glasfassaden nur einmal im Jahr gereinigt werden, sollte das in den Wintermonaten passieren. Wer beim Neubau Einfluss auf die Planung nehmen kann, hat weitere Möglichkeiten, Vogelschlag zu vermeiden. Dort, wo es nicht auf Durchsicht, sondern nur auf Lichtzufuhr ankommt, bieten sich Milchglas, Glasbausteine, mattiertes oder geriffeltes Glas an. Wenn die Glasfront durch Sprossen in kleinere Einheiten unterteilt wird, erkennen die Vögel eher das Hindernis. Oberlichter oder Glasfronten mit einer Neigung von mindestens 20 Prozent können ebenfalls Vogeleben retten. Der BUND nimmt sich in Berlin dieses Themas an und braucht dazu Unterstützung. Haben Sie schon häufiger Vogelschlag an einer bestimmten Fassade beobachtet? Fallen Ihnen immer wieder tote Vögel an einem bestimmten Ort auf? Dann bitten wir um Ihren Hinweis! Natürlich freuen wir uns auch über Menschen, die uns ehrenamtlich beim Vogelschutz unterstützen.

Kontakt: vogelschlag@BUND-Berlin.de

Mitmachen

Reparieren statt wegwerfen

Jeden dritten Montag im Monat trifft man sich zum Repair Café in der BUND-Landesgeschäftsstelle: Wer defekte Geräte oder Gegenstände mitbringt, lernt mit Expertenhilfe sie wieder zu reparieren. Kosten: keine, gegen Spenden ist aber nichts einzuwenden. 16.2.2015, 16.3.2015, 20.4.2015, jeweils 18–21 Uhr, Crelestraße 35, Berlin-Schöneberg, www.repair-cafe-schoenberg.de

Winterwanderung

Von den Höhenzügen des Oberbarnim geht es unter fachkundiger Führung über den sagenumwobenen Baasee bis zum Rand des Oderbruchs bei Bad Freienwalde. 28.2.2015, 9:27 Uhr, Bahnhof Berlin-Lichtenberg, Preis: 35 € inkl. Zug- und Busticket (32 € für BUND-Mitglieder) www.maerkische-touren.de

Lebensmittel teilen

Beim großen Foodsharing-Treffen gibt es Workshops unter anderem zu Selbstversorgung, Lebensmittelrettung, Aufstrichproduktion, Lastenradkonstruktion, Kräuter in der Stadt, Upcycling und Samenbombenbau. Gesucht werden noch engagierte Leute, die mitorganisieren. 30.4.–3.5.2015, Straße zum FEZ 2, Berlin-Wuhlheide www.foodsharing.de

Staudenmarkt

Pflanzen in Hülle und Fülle, daneben unter anderem Umwelt- und Naturschutztipps beim BUND-Stand. 11./12.4.2015, jeweils 9–18 Uhr, Botanischer Garten Berlin-Dahlem www.berliner-staudenmarkt.de

Ein guter Schluck Natur

Mit dem Kauf des Apfelsafts von der BUND-eigenen Streuobstwiese in Stahnsdorf unterstützen Sie unsere praktische Naturschutzarbeit. Ein Drei-Liter-Karton kostet 6 €, zwei Stück erhalten Sie für 10 €. Erhältlich nur bei der BUND-Geschäftsstelle in Berlin-Schöneberg. www.BUND-Berlin.de/apfelsaft

Fleisch: weniger gegessen, mehr produziert

Nach BUND-Recherchen ging der Fleischkonsum in Deutschland 2014 um 1,3 Prozent zurück. Gleichzeitig vergrößerte die Massentierhaltung ihre Kapazitäten: Im vergangenen Jahr wurden bundesweit 980.000 Tonnen Hähnchenfleisch hergestellt, so viel wie noch nie zuvor. Die Zahl der geschlachteten Hühner nahm gegenüber 2013 um sieben Prozent zu. In Brandenburg muss sich der Landtag derzeit mit der vom BUND unterstützten Volksinitiative für den Ausstieg aus der Massentierhaltung beschäftigen. www.agrarwen.de

Baumärkte schlampen beim Giftverkauf

Garten- und Baumärkte beraten Kunden mangelhaft beim Kauf von Pestiziden. Das ergaben Testkäufe des BUND in 16 Geschäften in Berlin und Potsdam. Nur in einem Fall erhielt die Beratung die Note „gut“, achtmal „mittelmäßig“ und fünfmal sogar „schlecht“. Die Tester hatten zum Schein nach „Calypso Schädlingfrei“ und „Lizetan Zierpflanzenspray“ von Bayer sowie nach Präparaten mit dem Wirkstoff Glyphosat (zum Beispiel „Roundup“ von Monsanto) gefragt. Außerdem wurde die Beratungsleistung der Märkte in Bezug auf Gesundheitsschutz und „Bienenverträglichkeit“ bewertet. Ergebnis: Nur wenige Märkte wiesen auf die mit dem Giftersatz verbundenen Gesundheitsrisiken und die nötige Schutzkleidung hin, was ein klarer Verstoß gegen das Pflanzenschutzgesetz ist. www.bund.net/pestizide

Danksagung

Nach mehr als zehn Jahren als Geschäftsführer verlässt Andreas Jarfe den Berliner BUND-Landesverband, um zur Gasag zu wechseln. Der BUND bedankt sich für seine Arbeit und wünscht ihm alles Gute für die Zukunft.

Dicke Luft

Berlin hält die Grenzwerte für Stickstoffoxide nicht ein. Schuld sind die Abgase aus dem Straßenverkehr

Die gute Nachricht ist: Die Umweltzone wirkt. Die schlechte: Das gilt nur für Feinstaub, nicht aber für Stickoxide (NO_x). Vor allem Stickstoffdioxid (NO₂) ist stärker in der Luft vertreten, als es die Luftreinhaltevorschriften erlauben. NO_x entstehen bei Verbrennungsprozessen, in Städten entweichen sie größtenteils aus Dieselmotoren. NO₂ verursacht und verstärkt Atemwegserkrankungen wie Bronchitis oder chronischen Husten, auch Herz-Kreislauf-Erkrankungen nehmen zu, wenn der NO₂-Anteil in der Luft zunimmt. Besonders Menschen mit Vorerkrankungen sind betroffen, so verstärkt NO₂ die Wirkungen von Allergenen. Auch das Ökosystem leidet unter den Abgasen: Pflanzen verfärben sich gelblich, verlieren Blätter und altern vorzeitig. Um Menschen und Pflanzen zu schützen, gilt europaweit ein im Jahresdurchschnitt gemittelter Grenzwert von 40 Mikrogramm (µg) pro Kubikmeter Luft.

Als die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Ende 2014 die Jahresmittelwerte des Vorjahres veröffentlichte, zeigte sich, dass an fast allen Messstationen an Hauptverkehrsstraßen die Grenzwerte weit überschritten wurden. In der Leipziger Straße in Mitte überschritt der Jahresmittelwert mit 79 µg/m³ den gültigen Grenzwert um fast 100 Prozent. Auch an Potsdamer Straße (Tiergarten), Hauptstraße (Schöneberg), Hermannplatz (Neukölln), Hardenbergplatz (Charlottenburg), Schloßstraße (Steglitz) und Buschkrugallee (Neukölln) lagen die Jahresmittelwerte bei mehr als 60 µg/m³ und damit mehr als 50 Prozent über dem Grenzwert. Die bislang veröffentlichten monatlichen Messergebnisse lassen erwarten, dass auch 2014 der Jahresmittelwert weit über dem Erlaubten liegt.

Sowohl 2013 als auch 2014 fällt ein deutlicher Ost-West-Unterschied bei den gemessenen NO_x-Werten ins Auge. Die Grenzwerte wurden vor allem dort massiv überschritten, wo viele BVG-Busse unterwegs sind, also an den großen Straßen Westberlins. An den Ostberliner Magistralen, wo Straßenbahnen statt Bussen verkehren, ist die Luft wesentlich sauberer. Um die Bevölkerung vor Gesundheitsbeeinträchtigungen zu schützen – dass dies die vornehmste Regierungsaufgabe ist, geht im bürokratischen Alltagstrott und im Bemühen um Haushaltsdisziplin gelegentlich unter –, muss der Senat für die BVG umgehend neue Busse mit Partikelfilter und SCR-Katalysator anschaffen. SCR steht für selective catalytic reduction, eine Technik, die NO_x in Stickstoff und Wasser umwandelt. Diese Busse sollten zu allererst auf den



Zu viel Stickstoffdioxid in der Umweltzone: An Radfahrern und Fußgängern liegt es nicht.

© Sebastian Petrich

Linien M48 und M85 zum Einsatz kommen, um die Luft an der am meisten belasteten Achse Leipziger Straße–Potsdamer Straße–Schloßstraße zu verbessern.

Auch flächendeckendes Tempo 30 würde helfen, die Abgasbelastung auf den Hauptstraßen schnell in den Griff zu bekommen. Zudem fordern die Umweltverbände von der Bundesregierung, die Regelung für die Umweltzonen mit einer blauen Plakette für die Euro-VI-Abgasnorm zu ergänzen. Damit könnte man Fahrzeuge, die zu viel NO₂ ausstoßen, aus dem als Umweltzone definierten Innenstadtbereich verbannen. Dass die Umweltzone in Sachen Feinstaub wirkt, zeigt sich daran, dass der im Inneren gemessene Feinstaub mittlerweile zum größten Teil aus Quellen außerhalb der Zone stammt – vorwiegend Sulfat aus Kohlekraftwerken in der Lausitz und Polen sowie Nitrat aus der Landwirtschaft. Vor zehn Jahren überwogen noch die vor Ort ausgestoßenen Rußpartikel. Bei den Stickstoffoxiden wäre die Wirkung von Fahrverboten noch größer, schließlich gibt es – anders als beim Feinstaub – in der Stadt kaum andere Verursacher als den Straßenverkehr.

Der Natur auf der Spur

Die BUNDjugend startet den Kinderwettbewerb „Naturtagebuch“

Als Forschungsort kommt so ziemlich alles in Frage: Balkon und Garten, der nächste Park, Wald, Felder, Flüsse und Seen oder der Zoologische Garten. Forschungsobjekte können wachsen, blühen und sich bewegen. Sie können beobachtet, belauscht, erfüllt, gerochen oder geschmeckt werden. Wie die Forschungsergebnisse präsentiert werden, ist ebenfalls der Nachwuchsforschungscommunity überlassen. Ob in Tagebuchform auf Papier, handschriftlich oder getippt, gemalt oder fotografiert, als Video – beim Kinderwettbewerb „Naturtagebuch“ sind der Fantasie keine Grenzen gesetzt. Es kommt nur darauf an, Naturgeschehen zu dokumentieren und im Herbst die Ergebnisse zu präsentieren.

Los geht es, sobald man sich für ein Thema entschieden hat. Eine Anmeldung ist nicht nötig. Der Wettbewerb richtet sich an Kinder zwischen acht und zwölf Jahren, wobei die Kinder einzeln oder in Gruppen teilnehmen können.

Einsendeschluss für das geschriebene, gemalte, gebastelte oder gefilmte Naturtagebuch ist der 31. Oktober 2015. Für alle Teilnehmenden gibt es eine Urkunde und, falls sie nicht einen der Hauptpreise gewinnen, einen Trostpreis. Anregungen für Naturbeobachtungsthemen und Tipps zur Tagebuchgestaltung finden sich im Manfred-Mistkäfer-Mitmach-Magazin und unter www.naturtagebuch.de.



© Jürgen Acker / PIXELIO

Manfred Mistkäfer ist der Namensgeber des Mitmach-Magazins zum Naturtagebuch. Sein Lieblingsthema 2015 sind Wildblumen



Die märkischen Moore

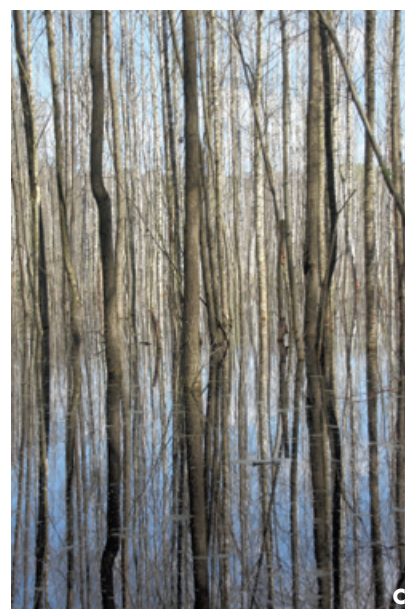
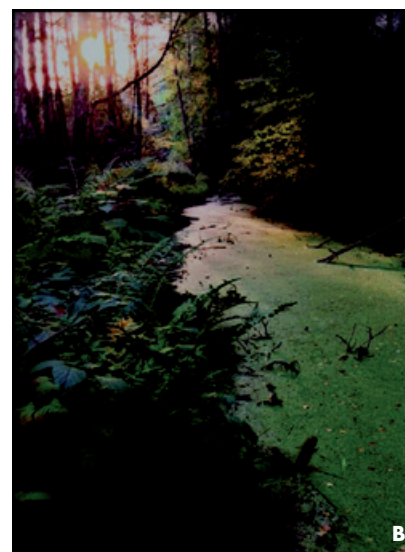
Feuchtgebiete sind nicht nur eine ökologische, sondern auch eine ästhetische Bereicherung unserer Region. Das zeigt ein BUND-Fotowettbewerb

Unzählige Schauergeschichten gruseln mit Szenen, in denen Menschen in sumpfigem Untergrund einbrechen, mit jeder Bewegung tiefer einsinken und schließlich qualvoll im Morast untergehen. Ein Übriges zum schlechten Ruf tun die mehr als tausend teilweise noch aus der Steinzeit stammenden Moorleichen, die in den letzten hundert Jahren europaweit gefunden wurden. Es ist aber ein Mythos, dass in den Mooren besonders viele Menschen ums Leben kamen. Vielmehr verhindern Sauerstoffabschluss und niedriger pH-Wert die vollständige Verwesung von Toten, die abseits der üblichen Stätten begraben wurden. Nicht die Moore lassen Menschen verschwinden, vielmehr lassen die Menschen Moore verschwinden. Um 1700 betrug die Moorfläche in Brandenburg etwa 300.000 Hektar, heute sind es gerade einmal 21.400 Hektar. Um Weidefläche und Ackerland zu gewinnen und die Wälder besser bewirtschaften zu können, wurden zahlreiche Entwässerungsgräben angelegt.

Viel zu spät erkannte man den ökologischen Wert der Moore: 13 Prozent der heimischen Pflanzenarten und viele Tiere (darunter 27 Prozent der Laufkäferarten und 34 Prozent der Libellen) sind auf Feuchtlebensgebiete angewiesen. Zusammen mit den ebenfalls nahezu verschwundenen Auen nehmen Moore Regenfälle auf und speichern das Wasser; damit beugen Moore sowohl Überschwemmungen als auch dem Absinken des Grundwasserspiegels vor – eine wichtige Doppelfunktion in Zeiten des Klimawandels, der starken Regen ebenso wie längere Trockenphasen mit sich bringt. Zudem binden Moore Klimagase – aber nur solange sie unter Wasser stehen. Fallen sie trocken, so entweichen CO₂ und Lachgas.

Vor allem sind die Moore aber schön anzusehen, wie die vielen qualitativ hochwertigen Bilder des jüngsten von der Naturstiftung David geförderten BUND-Fotowettbewerbs „Lebensraum Moor“ zeigen. Drei der sechs prämierten Bilder zeigen Moore, die im Folgenden als Ausflugstipps beschrieben werden.

Startpunkt der ersten kurzen und familienfreundlichen Tour ist der von Berlin aus bequem mit der S-Bahn zu erreichende Bahnhof Königs Wusterhausen. Dem Kirchsteig ostwärts folgend überquert man die Dahme an der Schleuse Neue Mühle, um nordwärts in die Karl-Marx-Straße einzubiegen, die unter dem Berliner Autobahnring hindurchführt. Kurz hinter der Unterführung geht es rechts in das Sträßchen Am Luch, wo ein Lehrpfad rund um das Niederlehmer Luch startet. Unter den märkischen Mooren ist dieser Weiher eine Besonderheit, da hier das Baden möglich und erlaubt ist. Das prämierte Foto stammt von Jessica Wenicker.



©

Nicht ganz so einfach ist die Anreise zum Kleinen Barschsee, wo Sylvia Voß fotografisch festhielt, wie eine Kleine Zangenlibelle einen Kleinen Schmalbock verspeist. Mit dem Regionalexpress geht es nach Gransee, von dort weiter mit der Buslinie 836 nach Menz. Am dortigen Naturparkhaus Stechlin beginnt der 12 Kilometer lange Naturlehrpfad „Von Moor zu Moor“, der an fünf Stationen über verschiedene Moortypen und Möglichkeiten zur Renaturierung von entwässerten Mooren informiert.

In der Kernzone des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin liegt das Totalreservat Buchenwald Grumsin, das seit 2011 als UNESCO-Weltkulturerbe fungiert. Es hat damit denselben Status wie der Dom zu Speyer, das Schloss von Versailles und die Pyramiden von Gizeh. Der naturbelassene Wald mit den bis zu 180 Jahre alten Buchen, in dem zuletzt 1979 und 1983 einige wenige Bäume gefällt wurden (mehr zu ihm in der BUNDzeit 2010-1), ist von Höhenzügen und Senken durchzogen, in denen Jahrhunderte lang kein Wasser abfließt. Eines dieser vielen kleinen Moore fotografierte Wolfgang Obermayer. Anreise: Mit dem Regionalexpress nach Angermünde, von dort aus per Fahrrad oder mit der Buslinie 452 nach Altkünkendorf.

Kurzbeschreibungen und Anreiseinformationen zu weiteren Mooren finden Sie unter www.BUND-Brandenburg.de/moorschutz

Moore schützen

In früheren Zeiten stach man Torf aus Mooren, verheizte ihn und streute die Asche als Dünger auf die Felder. Heute wird Torf kaum mehr verbrannt, sondern kommt als Blumenerde zu den Verbrauchern. Im Ergebnis ist das auch nicht besser: Die Moore werden dadurch zerstört und jede Menge CO₂ freigesetzt. Noch haben erstaunlich viele Hobbygärtner keine Ahnung davon, dass sie mit dem Kauf von konventioneller Blumenerde die Zerstörung der Moore unterstützen, kaum jemand weiß um die Herkunft und Funktion von Torf in der Natur. Dabei bringt torfhaltige Erde beim Gärtnern gar nicht einmal besondere Vorteile, da sie keinerlei Nährstoffe enthält, dafür aber den Boden versauert. Sie ist einfach nur billig. Die Alternativen zu torfhaltiger Erde sind neben Kompost Holzfasern und Rindenmulch. Da viele kleinere Blumenläden keine torffreie Erde führen, empfiehlt es sich – falls Sie den Laden Ihres Vertrauens nicht zu einer Sortiment-erweiterung überreden können –, im Onlinehandel zu bestellen. Eine Übersicht torffreier Erden finden Sie unter www.BUND.net/torffrei

Sie wollen noch mehr für den Schutz der Moore tun? Dann können Sie uns bei der Wiedervernässung der Brandenburger Moore unterstützen. Der BUND sucht Menschen, die die Entwicklung bestimmter Moore im Auge behalten: Zu- und Abflussmengen messen, Wasserstände dokumentieren, Pflanzen- und Tierbestände erfassen. Interesse? Bitte melden Sie sich unter 0331 23700141 oder BUND.brandenburg@BUND.net

BUND-Fotowettbewerb Lebensraum Moor

Platz 1: „Moorfrosch“ von Tilo Geisel

Platz 2: „Erlenbruch im Frühjahr“ von Christina Hanck

Platz 3: „Kleine Zangenlibelle frisst Kleinen Schmalbock“ von Sylvia Voß

Sonderpreise Jugend:

„Entdeckt“ von Jessica Wenicker (A)

„Ruhe“ von Hanna Elina Hennig (B)

„Blick ins Moor“ von Wolfgang Obermayer (C)

BUNDjugend

JuLeiCa

Gruppen leiten will gelernt sein. Zweiteiliger Workshop zum Erwerb der JugendLeiterInnenCard (JuLeiCa). Ab 16 Jahren 13.–15.2.2015, Baitz (Fläming), 24.–26.4.2015 Schlaubemühle, Schlaubetal, www.brandenburg.BUNDjugend.de

Weidentipi bauen

Ein Wochenende im Oderbruch widmet sich dem Zeltbau aus nachwachsenden Rohstoffen. 27.2.–1.3.2015, Naturerlebnishof Uferloos, Deichweg 9, Letschin (OT Kienitz) www.brandenburg.BUNDjugend.de

Konflikttraining

Was tun, wenn's brennt? Praxis-Konflikttraining für Umweltaktive 11.4.2015, Ort siehe www.brandenburg.BUNDjugend.de

Frühlingskräuterzeit

Pflanzen erkennen und sammeln, Tees und Vitamine genießen 17.–19.4.2015, Torhaus Trebitz, Hauptstraße 15, Trebitz (bei Brück/Mark) www.brandenburg.BUNDjugend.de

Austausch mit Weißrussland

Unter dem Titel „Dealing with The Aftermath“ finden zwei internationale Begegnungen mit jungen Leuten aus Weißrussland (Belarus) zu den Themen Landwirtschaft und Energie statt. Im ersten Teil geht es per Zug nach Minsk, wo wir Umweltaktive treffen, zu einer Exkursion zu geplanten AKWs und zu einem Permakultur-Workshop aufbrechen. English spoken! 6.–17.4.2015 Weißrussland, 22.–31.7.2015 Berlin und Umgebung, Kosten: 250 €, Teilnahme ab 18 Jahren www.berlin.BUNDjugend.de

Sommerwildniscamp

Feuer machen, Werkzeuge schnitzen, in der Wildnisküche kochen ... viele spannende Erlebnisse warten auf Kinder zwischen 10 und 14 Jahren. 19.–25.7.2015, Naturerlebnishof Uferloos, Deichweg 9, Letschin (OT Kienitz) www.brandenburg.BUNDjugend.de

Herausgeber

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Berlin e.V. Crellestr. 35 10827 Berlin www.BUND-Berlin.de und Landesverband Brandenburg e.V. Friedrich-Ebert-Str. 114a 14467 Potsdam www.BUND-Brandenburg.de

Kontakt

Tel. 030 787900-0 E-Mail: redaktion@BUNDzeit.de www.BUNDzeit.de

Redaktion

Sebastian Petrich (sp) Carmen Schultze (cs) V.i.S.d.P.

Marketing

Thorsten Edler Vertriebsunterstützung: primeline.berlin gmbh Marienburger Straße 16 10405 Berlin

Anzeigen

Tel. 030 787900-42 E-Mail: anzeigen@BUNDzeit.de

Druck

NEEF + STUMME premium printing GmbH & Co. KG Schillerstraße 2 29378 Wittingen

Gestaltung

sujet.design www.sujet.de/sign

Erscheinungsweise: vierteljährlich, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

Auflage

30.000 Gedruckt auf Ultra Lux semiglos, 100% Recycling

Die nächste BUNDzeit erscheint Ende April 2015. Anzeigenschluss ist der 19. März 2015.

Spendenkonto

BUND Berlin Bank für Sozialwirtschaft IBAN: DE51 1002 0500 0003 2888 00 BIC: BFSWDE33BER

BUND Brandenburg GLS Bank IBAN: DE24 4306 0967 1153 2782 00 BIC: GENODEM1GLS

Erbschaften an den BUND sind nach §13 ErbStG von der Erbschaftssteuer befreit. Fordern Sie unsere Informationsmaterialien an: erbschaftsratgeber@BUND-Berlin.de



Kohlekraft abschalten!

Alle reden von Energiewende, trotzdem kommt fast die Hälfte unseres Stroms immer noch aus Kohlekraftwerken. Wenn wir nicht schnellstens aus der Kohleverstromung aussteigen, rücken die Klimaschutzziele Deutschlands in weite Ferne. Was können Sie tun, außer zu einem Ökostromanbieter zu wechseln (falls Sie das nicht schon längst getan haben)? Schreiben Sie der Bundesregierung! Der BUND hat dafür ein Musterschreiben entworfen.

An: Frau Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin Herrn Sigmar Gabriel, Bundesminister für Wirtschaft und Energie Frau Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrter Herr Gabriel, sehr geehrte Frau Hendricks,

Kohletagebaue berauben Menschen ihrer Heimat und zerstören die Natur. Kohlekraftwerke heizen den Klimawandel an und gefährden unsere Gesundheit mit Feinstaub und Quecksilber. Trotzdem verfeuert Deutschland immer mehr Kohle und exportiert Kohlestrom ins Ausland. Damit muss endlich Schluss sein!

Nutzen Sie die anstehenden Entscheidungen zum Klimaschutz: Schalten Sie die dreckigsten und ineffizientesten Kohlemeiler ab. Nur so kann Deutschland sein Klimaschutzziel 2020 noch erreichen. Gewähren Sie keine neuen Subventionen für Kohlekraftwerke. Und beschließen Sie einen verbindlichen Kohleausstieg – damit spätestens 2030 mit der dreckigen Braunkohle Schluss ist und der letzte Steinkohlemeiler nicht länger als bis 2040 läuft. Den erneuerbaren Energien gehört die Zukunft!

Mit freundlichen Grüßen, Ihr Vorname und Nachname, Ort

Gehen Sie einfach auf www.BUND.net/kohle-abschalten, klicken Sie auf „unterschreiben“, tragen Name und Adresse in dem vorbereiteten Formular ein – und ab geht die Post an die Kanzlerin und ihr Gefolge.



Klimapolitik in Zahlen

Anteil der Fotovoltaik an der Bruttostromeinspeisung (2012) ...

... in Bayern (Platz 1 im Bundesländer-ranking), in Prozent: 9,3 ... in Brandenburg (Platz 10), in Prozent: 3,0 ... in Berlin (Platz 15), in Prozent: 0,6

Installierte Windenergieleistung (2014) ...

... in Niedersachsen (Platz 1 im Bundesländer-ranking), in Megawatt: 7.819 ... in Brandenburg (Platz 2), in Megawatt: 5.233 ... in Berlin (Platz 16), in Megawatt: 2 ... bundesweit, in Megawatt: 35.389

Mit Solarenergie erzeugte Wärme (2013) ...

... in Bayern (Platz 1 im Bundesländer-ranking), in Millionen Kilowattstunden pro Jahr: 2.230 ... in Brandenburg (Platz 9), in Millionen Kilowattstunden (kWh) pro Jahr: 125 ... in Berlin (Platz 15), in Millionen Kilowattstunden pro Jahr: 30 ... bundesweit, in Millionen Kilowattstunden pro Jahr: 6.780

Jährlicher CO₂-Ausstoß pro Kopf (2011) ...

... in Brandenburg, in Tonnen: 22,3 ... in Berlin, in Tonnen: 5,3 ... im Bundesdurchschnitt, in Tonnen: 9,5

Quellen: Agentur für Erneuerbare Energien, Brandenburger Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Statistische Division der UN

Auf den Energieexport entfallender Teil des CO₂-Ausstoßes ...

... in Brandenburg, in Prozent: 44 ... in Berlin: 0

In Brandenburg geförderte Braunkohle (2011) ...

... in Millionen Tonnen: 35,7 ... davon für den Stromexport verbraucht, in Millionen Tonnen: 25,7

Bei der Verstromung anfallender CO₂-Ausstoß bei ...

... Braunkohle, in Gramm je Kilowattstunde: 400 ... Steinkohle, in Gramm je Kilowattstunde: 330 ... Heizöl, in Gramm je Kilowattstunde: 260 ... Erdgas, in Gramm je Kilowattstunde: 200

Anteil an den Berliner CO₂-Emissionen (2010) von ...

... Gebäuden (Heizung, Kühlung), in Prozent: 47 ... Verkehr, in Prozent: 23 ... Wirtschaft, in Prozent: 21 ... Privathaushalten und Konsum, in Prozent: 9

Jährlicher CO₂-Ausstoß pro Kopf (2010) in ...

... Katar, in Tonnen: 40,1 ... Kanada, in Tonnen: 14,7 ... Deutschland, in Tonnen: 9,0 ... China, in Tonnen: 6,2 ... Libanon, in Tonnen: 4,8 ... Indien, in Tonnen: 1,6 ... Lesotho, in Tonnen: 0,008

Ich will die Arbeit des BUND unterstützen.

Ja, ich möchte Mitglied werden und wähle folgenden Jahresbeitrag:

- Einzelmitglied (mind. 50€)
- Familie (mind. 65€)
- Ermäßigt (mind. 16€)
- Lebenszeitmitglied (einmalig mind. 1.500€)

Name/Vorname
 Straße
 PLZ/Ort
 Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)
 Telefon (wenn Sie möchten)
 E-Mail (wenn Sie möchten)

Ich will den E-Mail-Newsletter des BUND Berlin erhalten.

Bitte ziehen Sie den Beitrag ab dem
 monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich
 bis auf Widerruf von meinem Konto ein.

KontoinhaberIn
 IBAN (oder Konto-Nr.)
 BIC (oder Bankleitzahl)
 Geldinstitut/Ort

Datum/Unterschrift (Bei Minderjährigen Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten)
 BUND Gläubiger-ID: DE34ZZZ00000103826

Mit Ihrer Unterschrift erteilen Sie dem BUND ein SEPA-Lastschriftmandat mit dem Sie gleichzeitig Ihre Bank anweisen, die vom BUND auf Ihr Konto gezogene Lastschrift einzulösen. Die Bestätigung und alle notwendigen Informationen (insbesondere Kontaktdaten sowie die Zusammenfassung der Zahlungsinformationen) erhalten Sie mit Ihrem Begrüßungspaket.
 Der Widerruf ist jederzeit und ohne Angabe von Gründen möglich. Ihre persönlichen Daten werden elektronisch erfasst und können – gegebenenfalls durch Beauftragte des BUND e. V. – auch zu Informations- und Werbezwecken für die Umwelt- und Naturschutzarbeit des BUND genutzt werden. Ihre Daten werden selbstverständlich nicht an Dritte weitergegeben.

BUNDzeit 01/2015

Bitte schicken Sie die ausgefüllte und unterschriebene Beitrittserklärung an:

BUND Berlin • Crellestr. 35 • 10827 Berlin • Fax 030 78790018 • kontakt@BUND-Berlin.de
 BUND Brandenburg • Friedrich-Ebert-Str. 114a • 14467 Potsdam • Fax 0331 23700145 • BUND.brandenburg@BUND.net